

Ernährungsrat, Essbare Stadt, Gemeinschaftsgärten: Innere und äußere Logiken und Widersprüche der sozial- ökologischen Transformation durch Urban Gardening am Beispiel Köln

Alexander Follmann und Dorothea Hohengarten

Gemeinschaftsgärten sind sowohl für urbane Gärtner*innen als auch für Besucher*innen sowie in zunehmendem Maße auch für Stadtverwaltungen aus deutschen Städten nicht mehr wegzudenken. Als soziale Bewegung gestartet, um unsere Städte grüner, essbarer und partizipativer zu machen, verstehen sich viele Gärten als neuartige, gemeinschaftlich verwaltete Urban Commons – als städtisches Gemeingut bzw. als urbane Allmende. Die tagtägliche Umsetzung des Commons-Gedankens in den Projekten und ihre Verknüpfung mit den äußeren Rahmenbedingungen in der Kommune ist jedoch nicht frei von Widersprüchen und Konflikten: Wie aus einer Zwischennutzung ein längerfristiges, gemeinschaftliches Projekt aufbauen? Passen Gemeinschaftsgärten in öffentliche Grünflächen? Wie umgehen mit Zuspruch und Gegenwind aus Politik und Verwaltung? Wie definieren Gemeinschaftsgärten ihre Rolle als Ausgangspunkt für ein ernährungspolitisches Engagement? Kurz gefragt: Wie ist die sozial-ökologische Transformation der Stadt über urbanes Gärtnerum zu setzen?

Der Beitrag kann keine abschließenden Antworten auf diese komplexen Fragen liefern. Vielmehr ist er ein Versuch, die inneren und äußeren Logiken und Widersprüche der sozial-ökologischen Transformation der Stadt durch Urban Gardening zu diskutieren. Hierbei widmen wir uns insbesondere dem Zusammenspiel unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Aktivierungsprozesse, die darauf abzielen, Bürger*innen, Politiker*innen, Planer*innen und Stadtverwaltungsmitarbeiter*innen für das urbane Gärtnerum zu begeistern.

Am Beispiel Köln erläutern wir konkret das Zusammenspiel des Ernährungsrats für Köln und Umgebung e. V., der Essbaren Stadt sowie der Gemeinschaftsgärten. Bei Letzteren liegt unser Fokus auf dem Projekt Kölner Neuland e. V., mit dem beide Autor*innen eng verbunden sind. Abschließend widmen wir uns insbesondere der Rolle, die der Gemeinschaftsgarten NeuLand als Ausgangspunkt für ein ernährungspolitisches Engagement spielte und umgekehrt. Dabei gehen wir zunächst autobiografisch vor und beschreiben die Aktivierungsprozesse, die wir selbst durch unsere Arbeit im Gemeinschaftsgarten NeuLand und dem Ernährungsrat erfahren haben. Auf dieser Basis identifizieren wir dann die mögliche Rolle urbaner Gärten in der sozial-ökologischen Transformation der Stadt.

Der Gemeinschaftsgarten Kölner NeuLand

Den Gemeinschaftsgarten Kölner NeuLand e. V. (kurz: NeuLand) und seine nun mehr als zehnjährige Entwicklungsgeschichte nehmen wir, um dessen Verknüpfung mit dem Ernährungsrat für Köln und Umgebung e. V. (kurz: Kölner Ernährungsrat) und der Idee sowie dem Projekt der Essbaren Stadt nachzuzeichnen.

NeuLand entstand ab 2012 durch immenses ehrenamtliches Engagement auf einer ca. 10.000 Quadratmeter großen Industriebrache im Kölner Süden. Die Entstehung und Entwicklung des Gartens ist eine Folge der Grundstückspekulation, die zur langjährigen Brache beigetragen hatte, sowie der Planungen für den neuen Stadtteil Parkstadt Süd (für eine detaillierte Beschreibung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte siehe Viehoff & Follmann, 2017 und Follmann & Viehoff, 2019). Der Garten verstand sich von Anfang an als bürgerschaftliche Antwort auf diese Grundstücksspekulationen und wurde mit dem Ziel gegründet, das Gärtnerische als „raumaneignende Praxis“ (Viehoff & Follmann, 2017, S. 241) zu nutzen. Mit einem starken Allmende-Gedanken wurde diese Idee Wirklichkeit. Es entstand insofern nicht nur ein neuer grüner Treffpunkt in der Stadt, sondern auch ein neuartiger zivilgesellschaftlicher Akteur, der Menschen aus der Nachbarschaft und überörtliches Interesse auf die Brache lockte, Grundstücksspekulation und Stadtentwicklungsplanung in der Kölner Südstadt politisierte und insbesondere für eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung sowie für mehr partizipatives Grün im Stadtraum eintrat. Während sich der Gemeinschaftsgarten trotz interner Konflikte – zum Beispiel um die Bedeutung des Allmende-Gedankens¹ – rasch

1 Mit der Zeit kam der reine Allmende-Garten, bei dem die gemeinschaftliche Bewirtschaftung aller Beete oberste Priorität hatte, an seine organisatorischen und auch ideologischen Grenzen. Heute vermietet der Garten private Beetkisten und nur noch ein Teil der Beete werden gemeinschaftlich bewirtschaftet. Zudem ist der öffentliche Zugang zum Garten durch Öffnungszeiten beschränkt. Gründe dafür waren unter anderem gestiegene Arbeitsbelastung bei gleichzeitigem Rückgang des Engagements, Vandalismus und Ernteklau. Innerhalb der Gartengemeinschaft gab es jedoch konträre Ansichten sowohl zur Praxis als auch zur Theorie eines Allmende-Gartens. Geblieben ist der Allmende-Anspruch sowie das

establierte und die Idee des urbanen Gärtnerns stadtweit bekannt machte, war der Versuch, sich aktiv in die Stadtentwicklung im Kölner Süden und darüber hinaus einzubringen, voraussetzungsvoller als zunächst gedacht.

Neben vielen Erfolgen hatte der Garten auch mit erheblichen Widerständen zu kämpfen und musste Rückschläge verkraften: Von der Gartengemeinschaft entwickelte Umzugspläne in den neu entstehenden Teil des Inneren Grüngürtels wurden seitens der Stadt lange abgelehnt, und es wurde mehr als einmal deutlich, dass Gemeinschaftsgärten in den Planungen der Stadt für den Kölner Süden keineswegs gesetzt waren. Im Gegenteil, in öffentlichen Grünflächen waren Gemeinschaftsgärten seitens der Stadt vielmehr lange Zeit explizit ausgeschlossen. In Teilen der Politik und Verwaltung herrschte lange die Meinung vor, dass Gemeinschaftsgärten lediglich Zwischennutzungen sein könnten. Im Jahr 2022 bot die Stadt Köln NeuLand schließlich doch eine dauerhafte Perspektive am Rande des neu entstehenden Teils des Inneren Grüngürtels, des zentralen Parksystems von Köln, an. Seitdem bereiten sich die Gärtnert*innen auf den Startschuss für den Umzug auf die neue, dauerhafte Fläche vor. Dieser letztlche Erfolg ist aus unserer Sicht nur im Kontext des Zusammenspiels der bemerkenswerten Ausdauer der Akteur*innen des Gartenprojekts, des entstandenen zivilgesellschaftlichen Netzwerks sowie weitreichender stadtgesellschaftlicher Veränderungen im Kontext der Klimawandel- und Nachhaltigkeitsdebatten zu verstehen.

Im Folgenden zeichnen wir diese Entwicklungen autobiografisch nach und beschreiben die Aktivierungsprozesse, die wir durch unsere Arbeit im und für den Gemeinschaftsgarten NeuLand sowie dem Ernährungsrat erfahren haben.²

Netzwerk der Gemeinschaftsgärten Köln

2011 war das Gründungsjahr für drei Gemeinschaftsgärten neuen Typs in Köln. Alle drei Gärten gründeten sich unabhängig voneinander aus der jeweiligen Nachbarschaft heraus: der Gemeinschaftsgarten NeuLand im südlichen Stadtteil Bayenthal, die Pflanzstelle Kalk im östlichen Stadtteil Kalk sowie die Gartenwerkstadt im

Ziel, sich aktiv in die Stadtentwicklung im Kölner Süden und darüber hinaus einzubringen.

- 2 Ich (Doro) gehörte zu den Gründungsmitgliedern sowohl des NeuLand Gartens 2011 als auch des Ernährungsrats 2016. Von 2011 bis 2018 war ich Teil des Vorstands des Kölner NeuLand e. V. Als Sprecherin des Ausschusses Essbare Stadt/Urbane Landwirtschaft des Ernährungsrats vertrat ich von 2016 bis 2022 insbesondere die Interessen der Gemeinschaftsgärten und begleitete die Entwicklung und Umsetzung des Aktionsplans Essbare Stadt Köln. – Ich (Alex) kam im Winter 2011/12 zu NeuLand. Neben meinem Engagement als langjähriger Gärtner und Imker bei NeuLand habe ich mich als Geograph auch wissenschaftlich mit dem Garten auseinandergesetzt (Follmann & Viehoff, 2015, 2019; Viehoff & Follmann, 2017). Seit 2020 bin ich zudem Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Kölner Ernährungsrats. Zuvor hatte ich an der vom Ernährungsrat vorangetriebenen Ernährungsstrategie für Köln mitgeschrieben (Ernährungsrat für Köln und Umgebung, 2019).

westlichen Stadtteil Ehrenfeld. Alle drei nutzten brachliegende Flächen in Form einer Zwischennutzung. Auf städtischem Gelände gingen die Pflanzstelle und die Gartenwerkstadt an den Start: die Pflanzstelle auf dem ehemaligen Gelände einer Metallfabrik und die Gartenwerkstadt Ehrenfeld auf einem Gelände, für das die städtische Wohnbaugesellschaft GAG bereits den Bau von Wohngebäuden geplant hatte.

Von Anfang an hielten die drei Gemeinschaftsgärten engen Kontakt zum Netzwerk der anstiftung und zum Prinzessinnengarten Berlin, der sich ein Jahr zuvor gegründet hatte. Schnell – bereits im Herbst 2011 – begann auch die Vernetzung zwischen den Kölner Gemeinschaftsgärten. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Haus der Architektur (hdak), ein unabhängiger Verein, der sich der partizipativen Stadtentwicklung verschrieben hat. Er lud die neuen Gemeinschaftsgärten ein, in einer Abendveranstaltung die neue Bewegung in Köln der Öffentlichkeit vorzustellen. Es folgten weitere Veranstaltungen, bei denen das hdak auch andere Akteure der Stadtgesellschaft mit den Gemeinschaftsgärten zusammenbrachte und so die neue Idee der Gemeinschaftsgärten bei wichtigen Stakeholdern, zum Beispiel im Grünflächenamt der Stadt und in den Medien, bekannt machte. In der Folge gründeten sich weitere Urban-Gardening-Projekte in Köln.

Im hdak-Kubus im zentral gelegenen Haubrich-Forum gründeten die drei Pionierprojekte und weitere inzwischen entstandene Garteninitiativen wie der Pantaleonsgarten 2012 das Netzwerk Urbanes Grün Köln (NUGK). Da kostenlos nutzbare Räumlichkeiten zu diesem Zeitpunkt keinem Gemeinschaftsgarten zur Verfügung standen, nahmen die Initiativen das Angebot des hdak, seine Räume zu nutzen, gerne an. Das Netzwerk Urbanes Grün Köln blieb kein reines Gemeinschaftsgarten-Netzwerk. Ihm schlossen sich weitere Gruppen und Initiativen an mit dem gemeinsamen Ziel, die grüne Stadtentwicklung in Köln voranzutreiben. Das NUGK war in gewisser Weise ein bunter Haufen: Das Netzwerk Bürger für Bäume war genauso Mitglied wie der Pantaleonsgarten, eher politische Initiativen wie NeuLand oder auch der Gemeinschaftsgarten Thurner Hof, der als Volkshochschul-Garten bereits seit mehr als 20 Jahren in Köln aktiv ist. Immer wieder schlossen sich auch Einzelpersonen an, die gerade Gärten gründeten, ebenso wie neu entstehende Gemeinschaftsgärten.

Die Gemeinschaftsgärten innerhalb des NUGK organisierten 2013 auch Kölns erste Samentauschbörse, die schnell erfolgreich und ab 2016 in Kooperation mit der Volkshochschule Köln als Saatgutfestival zu einer wichtigen Veranstaltung für das praktische, politische und nachhaltigkeitsorientierte Gärtner in Köln wurde. Mehrere Jahre gehörte ich (Doro) als Vorstandsmitglied von NeuLand und Vertreterin im NUGK zum Organisationsteam von Saatgutauschbörse und Saatgutfestival. In dieser Rolle konnte ich unter anderem aus den Kontakten des NeuLand-Netzwerkes schöpfen, um das Bühnenprogramm und Podiumsdiskussionen mitzustalten. Das Saatgutfestival, das von einer steigenden Zahl – zuletzt von mehr als 1000 Besucher*innen – besucht wurde, bot von Anfang an nicht nur privaten und kleinkommerziellen Saatgutvermehrer*innen die Möglichkeit, ihre Saaten miteinander zu tauschen und einander zu verkaufen, sondern war auch

Diskussionsort für Fragestellungen rund um Urban Gardening und eine nachhaltige Stadt- und Gesellschaftsentwicklung. Unter anderem brachte das NUGK und seine Folgeorganisation (s. u.) Akteure der Stadt, zum Beispiel die Grünflächenamtsleitung und das Umweltamt, mit Akteuren der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Open Source Seeds, FIAN und den Naturgarten e. V., miteinander in Kontakt und auf die Bühne und schuf so den Rahmen für Wissensaustausch und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Der stetige öffentliche Austausch zu diesen Themen leistete einen wichtigen Beitrag zum allmählichen Veränderungsprozess innerhalb der Kölner Stadtverwaltung und Politik, die sich über die Jahre nach und nach für Urban Gardening öffneten und später auch gute Rahmenbedingungen für die Neugründung von Gärten bereitstellten.

Andererseits zeigte sich jedoch, dass die Schnittmengen zwischen den Mitgliedern des NUGK nicht groß genug waren, um dauerhaft eine fruchtbare Netzwerkarbeit zu bewerkstelligen. Differenzen entstanden zum Beispiel um die Frage von gemeinschaftlich genutztem Grün in Parks. Für NeuLand war diese Frage existenziell, weil dieser Gemeinschaftsgarten inzwischen perspektivisch in der neu entstehenden Parkstadt Süd innerhalb des neuen Grüngürtel-Parkstücks nach einer Möglichkeit zur Verstetigung suchte. Auch die anderen mobilen Gemeinschaftsgärten waren der Auffassung, dass neue Gemeinschaftsgärten durchaus auch in Parks und das Grünsystem der Stadt integriert werden könnten, insbesondere in mindergenutzten Flächen, und widersetzten sich deshalb einem Ratsbeschluss, dass „privates Gärtnern durch Gemeinschaftsgärten“ in Kölner Parks nicht erlaubt sein sollte. Hier zeigten sich unterschiedliche Vorstellungen innerhalb des NUGK zu Gemeinschaftsgärten: Während die Aktiven ihre Gemeinschaftsgärten überwiegend als partizipatives, öffentliches oder zumindest teilöffentliches Grün verstanden, wurden die Projekte von anderen Mitgliedern des Netzwerks – ähnlich wie von der Politik und insbesondere dem Grünflächenamt der Stadt Köln – als „privat“ betrachtet, und ihre Ausrichtung und Interessenlage wurde vermehrt mit dem Kleingartenwesen verglichen, wenn nicht sogar damit gleichgesetzt.

Auch zeigte sich, dass es starke Differenzen über Sinn und Zweck des Netzwerkes und seinen Nutzen gab. Akteure wie NeuLand wollten ein Netzwerk nach dem Vorbild des Hamburger Netzwerks Recht auf Stadt entwickeln, bei dem sich lokale Initiativen gegenseitig durch gemeinsame Aktionen oder Demonstrationen eine Stärke für gemeinsame Anliegen verschafften. Die Idee war, auch in Köln Druck auf Politik und Verwaltung auszuüben, um die grüne Stadtentwicklung weiter voranzubringen. Diese solidarisch-politische Ausrichtung trugen jedoch andere Mitglieder nicht mit, die auf einen stärker kooperativen Austausch mit der Politik und Verwaltung setzten.

Bei der Diskussion, ob sich das Netzwerk dem 2014 von NeuLand mitverfassten Urban-Gardening-Manifest (urbangardeningmanifest.de) anschließen sollte, zerbrach es endgültig. Ein Teil der Initiativen trug die starke Ausrichtung auf die Gemeinschaftsgarten-Bewegung nicht mit. Besonders einzelne Formulierungen, die den Anspruch vieler Gemeinschaftsgärten treffend wiedergeben, wie zum Beispiel das im Manifest formulierte Ziel, „Aneignungsmöglichkeiten“ zu schaffen,

widersprachen klassischen Vorstellungen öffentlicher Parks, wie sie andere Mitglieder des Netzwerks vertraten. Das NUGK spaltete sich in der Folge auf in das Netzwerk Gemeinschaftsgärten Köln, in dem sich die Gemeinschaftsgärten zusammenfanden, und das NetzwerkGrün Köln, in dem sich weitere Initiativen, unter anderem Baum- und Grünflächenschützer*innen, formierten.

Die Zustimmung zum Urban-Gardening-Manifest wurde zur Aufnahmevereinigung für das Netzwerk Gemeinschaftsgärten Köln (gemeinschaftsgaerten-koeln.de). Das neu gegründete Netzwerk trug Saatguttauschbörse und Saatgutfestival weiter und setzte so die Kooperation mit der Volkshochschule fort. Es verfolgt bis heute das Ziel, die Belange der Gärten solidarisch zu vertreten und sich für den Erhalt, den Betrieb, die Weiterentwicklung und die Sicherung von Gärten einzusetzen. Dazu gehört auch der Einsatz für eine Verstetigung der Gärten, die zwar mobil angelegt waren, deren Gemeinschaften aber ein großes Interesse an einem dauerhaften Betrieb hatten. So kümmerte sich das Netzwerk um die politische Arbeit, aber auch um ganz praktische Dinge wie zum Beispiel die Bereitstellung von Wasseranschlüssen in Gärten.

Das Jahr 2016 markierte einen langsamem Wechsel im Engagement. Teile des Netzwerks Gemeinschaftsgärten organisierten sich im Kölner Ernährungsrat. Bereits in den frühen Jahren hatte das NeuLand-Kernteam Kontakt zur Foodsharing-Bewegung um Valentin Thurn geknüpft, die auf dem Gelände von NeuLand einen der ersten öffentlichen Fairteiler-Schränke für gerettetes Essen aufstellte.

Kölner Ernährungsrat und die Essbare Stadt

Der Ernährungsrat für Köln und Umgebung wurde im März 2016 als erster Ernährungsrat in Deutschland gegründet.³ Ziel des Kölner Ernährungsrats ist es, die Ernährungspolitik zurück auf die kommunale Ebene zu holen und die regionale Lebensmittelversorgung zu stärken (vgl. Ernährungsrat für Köln und Umgebung e. V. 2023). Der Ernährungsrat ist als eingetragener Verein rechtlich verankert und über partizipative Ausschüsse organisiert, die allen Bürger*innen offenstehen. Neben diesem ehrenamtlichen Teil arbeitet ein Projektbüro mit hauptamtlichen Mitarbeitenden, die unter anderem Projekte im Bereich der kommunalen Ernährung umsetzen, Fördermittel beantragen und lokalen Initiativen beratend zur Seite stehen. Dabei wird das Personal des Projektbüros zum Teil aus Mitteln der Stadt Köln finanziert. Die Ausschüsse sind verantwortlich für die inhaltliche Arbeit des Ernährungsrats, und die Sprecher*innen der Ausschüsse bilden zusammen mit dem gewählten, geschäftsführenden Vorstand des Vereins den Gesamtvorstand des Ernährungsrats. Dieser steht in engem Austausch mit der Stadt Köln, die

³ Der Trägerverein wurde ursprünglich unter dem Namen Taste of Heimat e. V. gegründet. 2020 nannte sich der Verein in Ernährungsrat für Köln und Umgebung e. V. um.

ebenfalls Mitglied im Ernährungsrat ist und unter anderem eine koordinierende Stelle im Grünflächenamt als städtisches Gegenüber geschaffen hat. Beide arbeiten Hand in Hand. Das Thema Urban Gardening ist dabei im Ausschuss „Urbane Landwirtschaft/Essbare Stadt“ eine inhaltliche Säule des Ernährungsrats.

Im Jahr 2017 lud der Ernährungsrat gemeinsam mit dem Agora Köln e. V. zu einem Auftakt-Workshop Essbare Stadt ein und Anfang 2018 folgte ein Barcamp. Der Workshop war mit rund 100 geladenen Gästen der Startschuss für die Entwicklung eines Aktionsplans „Essbare Stadt“. Der Aktionsplan sollte ein vom Rat der Stadt Köln beschlossenes Essbare-Stadt-Konzept mit messbaren Zielen und konkreten Maßnahmen füllen. In einem mehrmonatigen Prozess arbeiteten öffentliche Arbeitsgruppen partizipativ an den verschiedenen Kapiteln des Aktionsplans. Ziele und Maßnahmen zur Entwicklung der Essbaren Stadt wurden in verschiedenen Bereichen recherchiert und formuliert – zum Beispiel für Kleingärten, Parks und öffentliche Plätze, Gemeinschaftsgärten und Firmengelände. Der Aktionsplan wurde schließlich auf dem Barcamp 2018 vorgestellt und dort von den 300 Teilnehmenden zivilgesellschaftlich angenommen. Das Barcamp fungierte zugleich als Netzwerktreffen von Menschen aus der ganzen Stadt, die sich mit eigenen konkreten Aktionen und Ideen für ein essbares Köln einbringen wollten und dafür Mitstreiter*innen suchten und fanden.

Ein Teil der bei Aktionsplan und Barcamp Aktiven arbeitete anschließend im Ausschuss Essbare Stadt weiter mit und trieb dort neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie zum Beispiel mit der Volkshochschule organisierten Führungen zu den Gemeinschaftsgärten der Stadt, die Entwicklung des Konzepts der Essbaren Stadt voran. In einem mehrmonatigen Prozess mit Vertreter*innen aus Grünflächen- und Umweltamt überführte ein Team aus Ausschusssprecher*innen und hauptamtlichen Mitarbeitenden des Ernährungsrats den Aktionsplan schließlich in eine mehrheitsfähige Ratsvorlage. Der Aktionsplan wurde vom Rat der Stadt Köln am 4. Juni 2020 angenommen und dient jetzt als offizielle Leitlinie für die Entwicklung der Essbaren Stadt Köln. Sie umfasst unter anderem Vorgaben zur Neugestaltung von Grünflächen jeder Art – hier sollen für Menschen oder Tiere essbare Pflanzen bei Neubepflanzungen Priorität haben. Weiterhin beinhaltete die Leitlinie Vorgaben zum Schutz, zur Förderung und zur Weiterentwicklung von Gemeinschaftsgärten sowie den Bestandsschutz für Kleingartenanlagen und die Verpflichtung, einen Schulgartenaktionsplan zu entwickeln.

Mit dem Aktionsplan-Prozess Essbare Stadt Köln entwickelt sich auch eine bis heute bestehende Arbeitsteilung zwischen Ernährungsrat und Gemeinschaftsgärten, die von den meisten Engagierten als sehr gewinnbringend und praktisch entlastend wahrgenommen wird. Der Ernährungsrat übernimmt dabei über den Ausschuss Essbare Stadt/Urbane Landwirtschaft die politische Arbeit für ein gemeinschaftsorientiertes Stadtgrün im Sinne der Essbaren Stadt und ist Anlaufstelle für alle, die sich mit Ideen in die Essbare Stadt einbringen wollen. Das Projektbüro des Ernährungsrats kümmert sich beratend und vernetzend um neu entstehende Essbare-Stadt-Initiativen, insbesondere Gemeinschaftsgärten, sowie um die Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der Stadtgesellschaft. Es hält den direkten

Draht in die Stadtverwaltung, um neuen Initiativen den Weg zu ebnen. Es ist außerdem inzwischen Hauptorganisatorin des Saatgutfestivals Köln. Das Netzwerk Gemeinschaftsgärten hingegen fokussiert sich auf die Vernetzung der Gemeinschaftsgärten untereinander und ist eher praktisch orientiert. Die Mitglieder unterstützen sich zum Beispiel gegenseitig mit Arbeitseinsätzen vor Ort, organisieren Workshops zu Themen wie Saatgutvermehrung und Permakultur und beschaffen Arbeitsmaterialien oder Kompost gemeinschaftlich. Regelmäßig nehmen Vertreter*innen des Netzwerks auch an Treffen des Ausschusses teil. Aktuell ist einer der Vorsitzenden des Ausschuss Essbare Stadt/Urbane Landwirtschaft z.B. auch Mitglied eines Gemeinschaftsgartens, sodass es Austausch und Transparenz in alle Richtungen gibt.

Fazit

Die Etablierung von Gemeinschaftsgärten bzw. die Verfestigung von Zwischenutzungen zu dauerhaft gesicherten, partizipativen Räumen ist kein Selbstläufer. Im Gegenteil! Wie unsere Erfahrungen aus Köln aufzeigen sollen, ist es noch ein langer Weg zur „gartengerechten Stadt“ des Urban-Gardening-Manifests. Während hier und dort neue Gärten aus dem Boden sprießen, verschwinden andere oder erfinden sich an anderer Stelle und/oder in anderer Konstellation neu. In Köln war es insbesondere die Vernetzung unter den Initiativen, die dazu beigetragen hat, dass Köln grüner, essbarer und partizipativer geworden ist und über immer mehr gemeinschaftlich verwaltete Urban Commons verfügt. Aktuell gibt es in Köln rund 30 Gemeinschaftsgärten, mehr als die Hälfte davon ist im Netzwerk Gemeinschaftsgärten Köln organisiert. Zu den meisten der Initiativen hält auch der Ernährungsrat Kontakt. Aber „gartengerecht“ ist Köln sicher noch lange nicht.

Viele Initiativen existieren weiterhin als Zwischenutzungen, für andere haben sich langfristige Perspektiven aufgetan – teilweise in oder am Rande öffentlicher Grünflächen. Aus der Erfahrung unserer Mitarbeit sowohl im Gemeinschaftsgarten NeuLand als auch im Ernährungsrat und der Essbaren Stadt erscheint es uns als besonders zielführend, dass sich im Laufe der Jahre eine Art Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Akteuren heraustraktallisierte. Dabei helfen der Ernährungsrat und das Netzwerk der Gemeinschaftsgärten den Gemeinschaftsgärten nicht nur als kooperative Plattform und für den Erfahrungsaustausch, sondern übernehmen auch politische (Lobby-)Arbeit, die viel Zeit und Kraft kostet und die die Gartenakteur*innen oft nicht zusätzlich zu ihrem Engagement im Projekt leisten können. Die kooperativ-strategische Arbeit auf der Ebene der Stadt profitiert zudem von langjährigen Kontakten und Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung. Ehrenamtlich ist die nötige Konstanz und Intensität kaum aufrechtzuerhalten. Insofern erscheint uns hier die städtische Finanzierung festen Personals, zum Beispiel im Rahmen eines Ernährungsrats, als wichtiger Baustein auf dem Weg zur Essbaren Stadt. Ein finanzielles Engagement

der Stadt würde im Gegenzug den ehrenamtlichen Aktiven in den Gemeinschaftsgärten erlauben, sich stärker auf die Arbeit in der Gemeinschaft und am Beet zu konzentrieren. Allerdings können auch in den Gemeinschaftsgärten selbst bezahlte Stellen, finanziert zum Beispiel über Fördermittel, den Projekten wertvolle Ressourcen zur Koordination zur Verfügung stellen und das Ehrenamt entlasten. Auf allen Ebenen – sowohl in den Gemeinschaftsgärten als auch im Ernährungsrat – ist es jedoch wichtig, personelle Überschneidungen und die Transparenz der Aufgabenteilung zwischen Ehrenamt und bezahlter Arbeit im Auge zu behalten, damit die Arbeitsteilung gut funktioniert und auf beiden Seiten keine falschen Erwartungen entstehen.

In Köln funktioniert aus unserer Perspektive die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Ebenen sowie zwischen Ehrenamt und bezahlten Kräften mittlerweile gut – obwohl es auch hier immer wieder Widersprüche und Konflikte gibt, für die es Lösungen zu finden gilt. Insgesamt weist Köln heute ein Förderklima für Gemeinschaftsgärten auf, das sicherlich deutschlandweit – und vielleicht sogar darüber hinaus – beispielhaft ist. Vor dem Hintergrund der Finanzprobleme der Stadt erscheint uns das keineswegs selbstverständlich, und die Auszeichnung Kölns mit dem Edible City Award für den besten Gesamtansatz der Essbaren Stadt (2023) – im Rahmen des Edible Cities Network – betrachten wir als Ergebnis dieser gelungenen Kooperation – insbesondere auch mit der Stadt Köln.

Literatur

- Ernährungsrat für Köln und Umgebung (Hrsg.). 2019. *Impulse für die kommunale Ernährungswende. Eine Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung – Handlungsfelder, Bestandsaufnahme und Zielvorgaben*. Redaktion: Dürscheid, H., Follmann, A., Heinzelmann, L., Herrndorf, M., Heuschkel, Z., Hirsch, D., Kreutzberger, S., Lück, S., Nagel-Dürscheid, M., Sander, F., Schwaderer, F., Schwartz, K., Thurn, V., Wiedemann, C. & Wissmann, A. Köln. Online verfügbar unter ernaehrungsrat-koeln.de/wp-content/uploads/2019/05/Impulse-f%C3%b6r-eine-kommunale-Ern%C3%a4hrungswende_Ern%C3%a4hrungsstrategie-f%C3%b6r-K%C3%b6lner-Ern%C3%a4hrungsrat-Mai2019_klein.pdf (letzter Zugriff am 12.07.2023).
- Follmann, A. & Viehoff, V. (2015). A green garden on red clay: creating a new urban common as a form of political gardening in Cologne, Germany. *Local Environment* 20 (10), 1148–1174.
- Follmann, A. & Viehoff, V. (2019). Public-access community gardens: a new form of urban commons? Imagining new socio-ecological futures in an urban gardening project in Cologne, Germany. In C. Tornaghi & C. Cetomà (Hrsg.), *Urban Gardening as Politics* (S. 66–88). New York: Routledge.
- Viehoff, V. & Follmann, A. (2017). Das Politische eines Gemeinschaftsgartens – NeuLand in Köln als Experimentierort für urban commoning? In S. Kumnig, M. Rosol & A. Exner (Hrsg.), *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten* (S. 233–261). Bielefeld: transcript.

